

EVP-Fraktionsbericht zur Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2020

## **Budget 2021 und Festsetzung des Steuerfusses**

Gemäss Finanz- und Entwicklungsplan 2021-2024 kommen finanziell schwierige Zeiten auf die Stadt Wädenswil zu. Der Schuldenberg droht akut sich in schwindelerregende 80 Mio. Franken zu türmen. Während andere Gemeinden in der Vergangenheit für Reserven zur Überbrückung von schlechteren Zeiten gesorgt haben, strebte Wädenswil einen möglichst niedrigen Steuerfuss als eines der wichtigsten Ziele an. Der Steuerfuss von 95% (ohne OSW) im Jahr 2007 konnte in den folgenden Jahren auf zuletzt 85% getrimmt werden. Dabei musste die Stadtverwaltung mit teilweise knappem Personalbestand auskommen, wenn man z.B. an die Abteilung Informatik denkt. Das Stellenmanko war schon vor dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss vorhanden.

Nachdem der Stadtrat in den vergangenen Jahren den Spar- und Steuersenkungskurs der bürgerlichen Parteien mitgetragen und unterstützt hat, freut es die EVP-Fraktion, dass er jetzt die Zeichen der Zeit erkennt und dazu steht, dass nicht mehr zu verantworten ist, den Kurs so beizubehalten. Die vom bürgerlichen Stadtrat nun vorgesehene Steuererhöhung von 4% bis 2024, führt zu einem Mehrertrag von insgesamt 12 Mio. Franken. Damit wird nicht einmal der zu erwartende Mehraufwand / Minderertrag aufgrund Covid19-Pandemie von mindestens 19 Mio. Franken ausgeglichen. Die hohen, aber wichtigen Investitionen, notabene auch solche, die in früheren Jahren auf später verschoben wurden, um den Steuerfuss zu senken oder tief zu halten, belasten die finanzielle Entwicklung der Stadt Wädenswil. Die EVP unterstützt daher die Erhöhung des Steuerfusses um 4%. Zugleich begrüsst sie die vom Stadtrat für 2021 in Aussicht gestellte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Die Steigerung des Personalaufwandes im Budget 2021 wird im Bericht der GRPK kritisiert. Zwar erhöht sich der Personalaufwand, wird jedoch durch Minderaufwand im Sach- und übrigen Betriebsaufwand zu einem grossen Teil kompensiert.

Der Mehrheitsantrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, das Budget 2021 zurückzuweisen, betrachtet die EVP als eine Überreaktion, die weit über das Ziel hinausschiesst. Mit der Rückweisung ist die Forderung verbunden, das Budget 2021 so zu verbessern, dass es inklusive Investitionen ausgeglichen ist. Dies bedeutet, dass der Stadtrat innerhalb weniger Wochen mindestens 17 Mio. Franken einsparen sollte. Diese Zahlen zeigen, wie unrealistisch dieser Rückweisungsantrag ist. Dieser führt zwangsläufig zu einem Notbudget mit grosser Rechts- und Planungsunsicherheit für sehr viele Beteiligte, auch für das Gewerbe. Die EVP befürchtet dadurch ein grosses Fiasko in der Stadtverwaltung, welches in keinem Verhältnis zu den überhaupt realisierbaren Verbesserungen im Budget steht. Nur schon die grossen erforderlichen Ressourcen zur Etablierung des Notbudgets und Analyse, wie das Budget überhaupt verbessert werden soll, generiert unnötige Verzögerungen bei der geplanten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Die Rückweisung des Budgets empfindet die EVP-Fraktion als destruktiv in einer Zeit, in welcher allein schon die Covid19-Pandemie eine sehr grosse Herausforderung für die Stadt darstellt. Die EVP Fraktion stellt sich daher entschieden hinter den Stadtrat und gegen eine Rückweisung des Budgets 2021!

Wädenswil, den 7. Dezember 2020

Gemeinderätin Gabi Bachmann, Gemeinderäte Urs Hauser und Martin Schlatter

Fraktion EVP Wädenswil